

sich gegen vordergründige sozialpsychologische Erklärungsmuster, die beim Bild des angeblich typisch französischen Individualismus landen (Bd. 1, S. 95 ff.). Und R. Steiert kommt bei seiner Gegenüberstellung von ungewöhnlich hoher Streikaktivität der italienischen Gewerkschaften einerseits und Lohnsteigerungsraten andererseits zu dem Ergebnis, daß die gewerkschaftliche Militanz – anders als in Großbritannien – offenbar zu deutlichen Nominallohnsteigerungen beigetragen hat (Bd. 1, S. 143 ff.). N. Wenturis bezieht seine Gewerkschaftsanalyse auf den »subindustriellen« Status der griechischen Wirtschaft und erklärt damit einleuchtend Gewicht und Verhalten einzelner Gewerkschaftsverbände (Bd. 1, S. 363 ff.). Fast selbstverständlich ist es, daß sich A. Sykes bei der Darstellung der englischen Gewerkschaften insbesondere dem Vertrauensleutesystem und damit der betrieblichen Ebene sowie der Problematik der Gewerkschaftszersplitterung (Bd. 2, S. 49 ff.) widmet und daß sich N. Lepszy mit dem Theorem der »Versäulung« bzw. »Entsäulung« der niederländischen Gesellschaft (Bd. 2, S. 149 ff. und 159 ff.) auseinandersetzt.

Daß die Autoren – wie H.-J. Veen in der Einleitung (Bd. 1, S. 10) schreibt – durch ein »normatives Forschungsinteresse« geeint seien, sich also auf die »Grundlage des pluralistischen und parlamentarischen Verfassungsstaates der westlichen Demokratien« stellten, wird insbesondere bei den Beiträgen über die Gewerkschaften in Österreich sowie in Schweden und Dänemark deutlich. Einerseits mit der Anerkennung der Legitimität von Gruppeninteressen, andererseits aber mit der Annahme, die »Wahrung des Gemeinwohls« sei »Aufgabe der demokratisch legitimierten Verfassungsorgane«, weisen die Autoren – so H.-J. Veen – die Ansicht zurück, die Gewerkschaften könnten »für ihr partikulares Interesse gleichsam demokratische Legitimität schlechthin [. . .] beanspruchen und sich zur »eigentlichen« demokratischen Kraft im System [. . .] erklären.« (Bd. 1, S. 13 f.) Gemäß dieser Grundorientierung würdigt A. Khol die Erfolge der »Sozialpartnerschaft« in Österreich und warnt zugleich vor der Gefahr des »Gewerkschaftsstaates« (Bd. 2, S. 306 ff. und 318). N. Elvander befürchtet für Schweden, sollten die Forderungen nach der Bildung von »Arbeitnehmerfonds« realisiert werden, eine solche Stärkung der gewerkschaftlichen Macht, daß dadurch Marktwirtschaft und pluralistische Demokratie bedroht wären (Bd. 2, S. 402). Und auch M. Eysell setzt sich mit dem Begriff des »Gewerkschaftsstaates« auseinander, den auf Dänemark anzuwenden zwar »übertrieben« sei, obgleich das gewerkschaftliche Bemühen zur »Etablierung neuer ökonomischer Möglichkeiten und Machtpositionen« in diese Richtung weise (Bd. 2, S. 462).

Auch wenn man die Befürchtungen der Autoren hinsichtlich eines monopolverdächtigen Gewerkschaftseinflusses nicht teilt, so können die Beiträge doch insgesamt als Informationsmittel über Geschichte und vor allem aktuellen Stand der westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung (bis 1981) gelten, der indessen in allen Ländern überaus »flexibel« ist. Besonders hilfreich sind die zahlreichen Organigramme und auch die Bibliographie, in der manch Zeitungsartikel freilich verzichtbar wäre; gewünscht hätte man sich demgegenüber vielleicht ein Personenregister und auch, wenn schon kein Stichwortregister, so doch ein detaillierteres Inhaltsverzeichnis, um die imponierende Datenfülle leichter erschließen zu können.

*Michael Schneider, Bonn*

Gerhard Leminsky/Bernd Otto, Politik und Programmatik des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 2., völlig überarb. Aufl., Bund-Verlag, Köln 1984, XXVI, 760 S., geb., 76 DM.

Mit dieser völlig neubearbeiteten Auflage hat eine überaus nützliche Dokumentation zur gewerkschaftlichen Programmatik, die erstmals 1974 erschienen ist, endlich ihre lang erwartete Aktualisierung erfahren. Wie schon die frühere Publikation bietet auch die Neuausgabe

einen hervorragenden Überblick über den Stand der DGB-Programmatische. Dokumentiert werden ganz überwiegend Stellungnahmen des DGB, also Programme, Kongreßresolutionen, aber auch Beschlüsse von Bundesvorstand und Bundesausschuß sowie einzelne Aussagen gewählter Vorstandsvertreter; bei den ebenfalls, wenn auch vereinzelt, publizierten Kongreßanträgen hätte man sich allerdings die Nennung des Antragstellers gewünscht, um die unterschiedlichen Positionen der innergewerkschaftlichen Diskussion deutlicher »verorten« zu können.

Dokumentiert wird keineswegs nur die Grundsatz- und Aktionsprogrammatische; sondern es finden sich die zentralen Beschlüsse und programmatischen Stellungnahmen zu den wichtigsten Bereichen gewerkschaftlicher Politik, und zwar gruppiert zu folgenden Themenkomplexen: Bildungs- und Wissenschaftspolitik; Humanisierung der Arbeit; Mitbestimmung; Vermögensbildung; Tarifautonomie und Tarifpolitik; Sozialpolitik; Wirtschafts- und Steuerpolitik; Energiepolitik und Umweltschutz; Regional-, Struktur-, Städtebau- und Wohnungspolitik; Personengruppenarbeit im DGB; Kultur- und Medienpolitik; Internationale Gewerkschaftspolitik; Satzung und Aufbau des DGB. Die Friedens- und Sicherheitspolitik hätte gewiß ein eigenes Kapitel verdient, wurde aber keineswegs übersehen, sondern der Grundsatzprogrammatische zugeordnet. Überhaupt erlaubt das detaillierte Inhaltsverzeichnis eine rasche Orientierung, wengleich zu bedauern ist, daß das Stichwortverzeichnis, das den Gebrauch der 1. Auflage erleichterte, weggefallen ist.

Im Prinzip wurde die Gliederung der 1. Auflage beibehalten; neu aufgenommen wurde nur – um die wichtigsten Veränderungen kurz zu nennen – das Kapitel »Humanisierung der Arbeit«; und erstmals befaßt sich ein eigenes Unterkapitel mit den Problemen »ausländischer Arbeitnehmer« im Rahmen des Kapitels über die »Personengruppenarbeit im DGB«. Nicht im Aufbau, wohl aber um so deutlicher in den publizierten Dokumenten spiegelt sich der rasche Wandel gewerkschaftlicher Politik. In fast allen Bereichen der Politik haben vor allem Wirtschaftskrise, Rationalisierungsproblematik, Umweltbedrohung und Rüstungswettlauf Änderungen der gewerkschaftlichen Stellungnahmen erfordert. So macht die Neuauflage also die 1. Auflage keineswegs überflüssig; sie ergänzt vielmehr den »alten« Band, aus dem nur die nicht durch Veränderungen der Beschlußlage überholten Aussagen erneut abgedruckt wurden, was dennoch zu einer Erweiterung des Umfanges von 480 auf 760 Seiten geführt hat. Dokumentiert also die 1. Auflage den Aufbruch der Gewerkschaften zu Anfang der 70er Jahre in eine Zeit ausgeprägter Reformbereitschaft, so spiegeln sich in den programmatisch-politischen Forderungen der späten 70er Jahre bis 1983 gerade die Schwierigkeiten, die die gewerkschaftliche Politik in dieser Periode kennzeichneten.

Eher indirekt werden dabei auch die Kontroversen der letzten Jahre deutlich, etwa in der Stellungnahme Heinz Oskar Veters vor dem Bundesverfassungsgericht zum Mitbestimmungsgesetz 1976, in der Erklärung zum Aussperrungsurteil des Bundesarbeitsgerichts (1980), in der Forderung zur Sicherung der Montanmitbestimmung (1983) und natürlich in den Programmen zur Wirtschaftspolitik, speziell zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Ebenfalls indirekt zeichnen sich auch innergewerkschaftliche Kontroversen ab, z. B. beim Thema der Vermögensbildung, bei der Frage der Lebens- oder Wochenarbeitszeitverkürzung und auch bei den Problemen von Energiepolitik und Umweltschutz; bei all diesen Problembereichen zeigt die Dokumentation die Offenheit des Diskussionsstandes. Unfreiwillig vorgeführt – das sei nur am Rande vermerkt – wird zudem, wie rasch sich die Situation doch ändert: Man werfe einen Blick auf die Schaubilder über die Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG (S. 503 f.).

Als hilfreich erweisen sich die knappen Einleitungen zu den einzelnen Kapiteln, durch die die abgedruckten Dokumente in den Kontext der historischen und zeitgenössischen Diskussion eingeordnet werden. Daß im Anschluß an die Einleitungen jeweils einige Literaturhinweise aufgeführt werden, ist gewiß zu begrüßen; doch hätten diese ruhig etwas opulenter und präziser ausfallen können; mag die ausschließliche Berücksichtigung gewerkschaftlicher Pu-

blikationen noch vertretbar sein, zumal dadurch die Aufmerksamkeit auf manche völlig zu Unrecht wenig bekannte Publikation gelenkt wird, so sind doch die pauschalen Hinweise auf die »Welt der Arbeit«, »Die Quelle«, die »Gewerkschaftlichen Monatshefte« und die »WSI-Mitteilungen« beim Thema »Wirtschafts- und Steuerpolitik« oder auf »Arbeit und Recht«, »Arbeitsrecht im Betrieb« und »Soziale Sicherheit« zum Thema »Sozialpolitik« nicht übermäßig hilfreich; die Nennung einzelner Schwerpunkt-Hefte wäre wohl nützlicher gewesen. Die hier angesprochenen Kritikpunkte, die nur als Anregung verstanden werden sollen, die bei der 3. Auflage (um 1990?) vielleicht berücksichtigt werden könnten, mindern jedoch keineswegs den positiven Eindruck dieser ebenso verdienstvollen wie nützlichen Dokumentation.

*Michael Schneider, Bonn*